

A N F R A G E von Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf), René Isler (SVP, Winterthur),
Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)

betreffend Das Polizei- und Justizzentrum Zürich ist eine Stärkung der Sicherheit aller
Bürgerinnen und Bürger

Das Polizei- und Justizzentrum Zürich (PJZ) auf dem Areal Güterbahnhof in Zürich Ausersihl-Hard ist ein modernes Kompetenzzentrum zur Bekämpfung von Kriminalität. Die Grundstücksfläche umfasst 33'558 m². Die Geschossfläche 133'467 m² und das Gebäudevolumen 522'830. Rund 2030 Arbeitsplätze von aktuell über 30 Standorten werden im PJZ zusammengezogen. Dazu kommen 241 Haftplätze für vorläufige Festnahmen sowie die Untersuchungshaft. In den Abteilungen arbeiten Abteilungen der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft und des Justizvollzugs sowie das Forensische Institut, die Zürcher Polizeischule und Teile des Zwangsmassnahmengerichts. Ziel war es eine maximale Nutzerflexibilität und Arbeitsplatzverdichtung zu erreichen.

Die örtliche Zusammenlegung von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden vereinfacht die enge Zusammenarbeit und erhöht im Gegenzug die Wirkung der Sicherheitsorgane. Das verbessert letztlich die Kriminalitätsbekämpfung – ihre Stärkung ist eine Stärkung der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Umsetzung ist eine logistische Glanzleistung und Zeichen hoher Professionalität.

Zum Abschluss der Bauarbeiten ersuchen wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind die Bauarbeiten abgeschlossen? Wenn nein, welche Arbeiten sind noch ausstehend?
2. Konnten die Übergabetermine an die Nutzer eingehalten werden?
3. Ist der Platzbedarf der Abteilungen der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft und des Justizvollzugs sowie das Forensische Institut, die Zürcher Polizeischule und Teile des Zwangsmassnahmengerichts genügend abgedeckt? Wenn nein, warum nicht?
4. Konnten die früheren Räumlichkeiten der Abteilungen der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft und des Justizvollzugs sowie das Forensische Institut, die Zürcher Polizeischule und Teile des Zwangsmassnahmengerichts abgegeben werden?
5. Gibt es finanzielle Verpflichtungen aus Leerständen aufgrund bisheriger Mietverhältnisse/Verpflichtungen? Wenn ja, welche?
6. Gibt es unerwartete Zusatzkosten? Wenn ja, welche?
7. Konnten Mieten eingespart werden? Wenn ja, in welchen Bereichen und wieviel?
8. Wurden netto zusätzliche Stellen geschaffen? Wenn ja, in welchen Bereichen und mit welcher Kostenfolge?

Jacqueline Hofer
René Isler
Tobias Weidmann